

Sächsische Zeitung

№ 95.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 193.

Montag-Ausgabe.

Montag 26. Februar 1900.

Verlagspreis für Halle und Umgebungen 250 Mark, auch die Postgebühren 2 Mark für das Quartier
bei halbjährlicher Zahlung erhebt sich auf 500 Mark. Bei halbjährlicher Zahlung erhebt sich auf 500 Mark.
Geschäftsstelle in Halle a. S. Leipzigerstr. 27.
Telephon Nr. 15a.

Zeitungserlöse für die Hauptabnehmer werden beim Raum für Halle 15 Prozent
ausbezahlt. Bestellen am besten bei den verantwortlichen Redakteuren in Halle a. S.
Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 3.
Telephon Nr. 951.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 26. Februar.

Der Kaiser und die Kaiserin sind am Sonnabend von Potsdam nach Berlin zurückgekehrt. Abends nahm der Kaiser das Diner bei dem Generalleutnant Freiherrn Colmar von der Goltz, dem Chef des Ingenieur- und Pionierkorps in dieser Einwohnungszone ein. Bei dem Diner waren zu Gast außer dem Kaiser, dem Kaiserin, dem Generalleutnant von Blesien, Kriegsminister von Goltz, Generalleutnant von Bismarck, sowie mehrere Herren vom Stabe der General-Adjutantur und aus dem Ingenieur- und Pionierkorps.

Die Ueberführung des kaiserlichen Sotlagers nach dem Neuen Palais ist für die erste Hälfte des April in Aussicht genommen. Zur Zeit ist man dort mit den Renovationsarbeiten beschäftigt.

Kaiserbesuch in Wiesbaden. Nach einem dem Oberleutnant von Mainz durch das kaiserliche Oberkommando angetragenen Auftragsbesuchen bezüglich der Verwaltung einer Abteilung beim Kaiser wird der Monarch auch in diesem Jahre und zwar um die Mitte des Monats Mai in Begleitung der Kaiserin in Wiesbaden einen längeren Aufenthalt nehmen. Bei Gelegenheit dieses Besuchs werde der Monarch dem Oberbürgermeister die erbetene Erlaubnis zur Abhaltung des Dankes der Stadt Mainz für die vom Kaiser angeordnete Entlassung der Nordwestfront der Stadt genehmigen.

Die Taufe des jüngsten Sohnes des Prinzen Heinrich ist-erwartet am 15. März feierlich. Am gleichen Tage findet der Abschluss der der Straßburger Garnison wert im Bau befindlichen Kreuzes „Kaiserlo“ statt. Zu dem damit verbundenen Festlichkeiten werden Mitglieder des russischen Kaiserhauses in der Art erwartet.

Zur Vernehmung des Abg. Dr. Vieber ist, der „Germ.“ zufolge, wiederum eine anbauende und merklich fortschreitende Arbeit zu verzeichnen, so daß jetzt eine sichere Aussicht auf Wiedererhellung besteht.

Der österreichisch-ungarische Botschafter v. Sökö und sein Marschall in Berlin hatte für Donnerstag Abend gegen 500 Einladungen zu einem Ballfest in den Räumen der Botschaft ergehen lassen. Zu dem Feste hatten sich u. A. eingefunden die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht, der Großprinz von Baden, Prinz und Prinzessin Karl von Schweden, Prinz Gladwig zu Hessen-Kassel, Prinzessin Orsola Adolf Friedrich zu Mecklenburg, ferner das diplomatische Corps, darunter der französische, der russische und der englische Botschafter und viele Befehle mit ihren Familien u. A.

Zur Kanalvorlage. Ueber das Stadium, in welchem sich die Vorbereitungen für die Kanalvorlage gegenwärtig befinden, äußern die „Berl. Nachr.“ folgende Vermutungen: Große neue Unternehmungen, wie sie neben dem Rhein-Elbe-Kanal in der für die laufende Tagung in Aussicht genommenen Vorlage enthalten sein sollen, bedürfen, bevor sie mit Rücksicht auf Erfolg zur parlamentarischen Verhandlung gestellt werden können, sorgfältiger Vorbereitung in technischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht. In der Vorbereitung der wirtschaftlichen und finanziellen Seite geht bei der meisten Unternehmungen dieser Art auch die vollständige Klarstellung der Frage, inwieweit die Kanalvorlage zu den Kosten des Unternehmens beitragen kann. Das die Frage von entscheidender Bedeutung ist, wie hoch die dem Staat ersparenden Kosten für den Bau des Kanals auf der Hand. Aber auch nach der wirtschaftlichen Seite ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung, wenn festgestellt ist, dass die Interessenten namhafte Beiträge zu den Kosten des Unternehmens zu leisten bereit sind. Es wird daher ein sehr hoher Beweis für die wirtschaftliche Möglichkeit der betreffenden Anlage geliefert. Zur Aufklärung über die Interessentenbeiträge bedarf es der Verhandlungen mit kommunalen Behörden sowie der Beschließung der letzteren. Es erfordert daher einen längeren Zeitraum zu ihrem Abschluss. Die Feststellung der Beiträge der Kanalgesellschaften bildet naturgemäß das letzte Stadium der ganzen Vorbereitung der betreffenden Pläne. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, dass die Vorbereitung der für die Kanalvorlage bestimmten neuen Unternehmungen sich in diesem letzten Stadium befindet. Die Verhandlungen in diesem Stadium werden aber zweifellos eine ziemlich lange Zeit zu ihrer Erledigung in Anspruch nehmen, sobald auch die obige Auslegung der offiziellen „B. N.“ der Information, die Kanalvorlage werde wahrscheinlich in der laufenden Session bei dem Landtage nicht mehr eingebracht werden, keineswegs widerpricht.

Was wir von vorerwähnten annahmen, ist prompt eingetroffen: Gegenüber einer Meldung des „Bayerischen Kurier“, daß der Aufenthalt des Reichslandtagsabgeordneten Freiherrn v. Berking in Rom und Berlin mit Verhandlungen über die Gründung einer päpstlichen Mission für ganz Deutschland in Verbindung stehe, stellt die „Germ.“ aus authentischer Quelle fest, daß diese Nachricht jeglichen Grundes entbehrt.

Die XXVIII. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsraths findet vom 5. bis 9. März im Provinziallandhaus zu Berlin statt. Die Tagesordnung haben wir schon mitgeteilt.

Unsere Freitagabendgabe, daß das Staatsministerium in der Disziplin-Angelegenheit des der sozialdemokratischen Agitation beschuldigten Privatdozenten Dr. Arons in letzter Instanz entschieden habe, daß dem Benannten — entgegen dem Spruche der philosophischen Fakultät der Universität Berlin — die Eigenhaft als Privatdozent aberkannt wird, beschäftigt sich Das Urtheil ist bereits durch Vermittlung des Uni-

versitäts-Rektoriums ausgefertigt worden. Natürlich wird die genannte demokratische Presse ob dieses Urtheilspruches nichts an dem Urtheile des Staatsministeriums, welches nicht nur von jedem Nationalen, sondern von jedem Deutschen der Logik im Laibe hat, mit Genugthuung begrüßt wird. Nicht die Ehrfurcht ist angelehrt worden; Herr Arons kam auch als Privatmann hinsichtlich seiner persönlichen Vorstellungen vor Jedem gelten, der zu ihm kommen mag; aber es vertritt sich nicht mit den Vätern und dem Eide eines Staatsbeamten, gegen den Staat als solchen und gegen seine Fundamente zu eifern und zu bekämpfen. Nicht der Gelehrte, sondern lediglich der Staatsbeamte ist befristet worden, und das von Nichts wegen.

In den Kreisen der Landbauarbeiter wird eine Petition vorbereitet, welche darauf abzielt, daß es den ohne Geschäften arbeitenden Besitzern von Landparzellen gestattet werde, an Sonn- und hohen christlichen Festtagen ihre Aepfel von Nachmittags 2 Uhr ab zu verkaufen.

Zum Fall Weingart. Jetzt hat der Kultusminister auch auf die Wasseneinlage im Falle Weingart geantwortet. Als Donnersbach wird der „Post. Blg.“ heute gemeldet: Der Kultusminister Dr. Schulz erwidert auf die vom eifrigsten Bürger der Stadt Donnersbach zum Falle Weingart unterzeichnete Petition, er sehe die Angelegenheit als erledigt an.

Politisches. Die Städte der Kreise Schroda, Schirrm, Wehlen, Wehlen und Jorckstein in der Provinz Posen haben polnische Kandidaten in den Provinziallandtag gewählt. Treuzug genügt.

Von Mitgliedern des Centrums und der freisinnigen Parteien ist ein Abgeordneterbesuch am Antrag eingebracht, worin eine Entschädigung für Reichstags- und Reichstags-Pariser Weltausstellung für Handwerker, Kunsthandwerker und Arbeiter gefordert wird. Daffas wird dazu bemerkt:

Der Antrag ist gewiß erwünscht, doch, es darf jedoch nicht darauf aufmerkamt gemacht werden, daß es die bisherigen Bestimmungen, selbst noch in der Schlußperiode zum Verbleiben in Betreff des kommenden Ministeriums, für die Handwerker und Arbeiter seitens des Gewerkeministeriums, aus den dazu vorhandenen Fonds solche Entschädigungen bewilligt werden können. Allerdings ist es vielfach als ein Mißstand empfunden, daß die betreffenden Fonds nicht genügen, um den gestellten Wünschen in vollem Umfange zu entsprechen.

Es ist von uns bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß die zahlreichen während der Ausstellung in Paris stattfindenden sozialdemokratischen Kongresse es nahelegen, in der Bewilligung solcher Entschädigungen recht vorsichtig zu sein.

Der „Neichsang.“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 17. Februar zur Ausführung des Gesetzes betr. die Fremdbücherverträge mit Tongo und Samoa und den Handelsverträgen, Handels- und Schiffahrtverträgen mit Sanihon. Die Verordnung, bestimmt die Auslegung der Fremdbücherverträge mit Samoa bezüglich des deutschen und amerikanischen Theils der Samoagruppe jeweils vom Tage des Uebertragens in deutschen bzw. amerikanischen Besitz an.

Die deutsche Verwaltung auf Samoa wird dem Vernehmen nach in höchst einfacher und bescheidener Weise eingerichtet werden; sie wird gewissermaßen eine Nachbildung des dort jetzt noch bestehenden kaiserlichen Konsulates werden. Wie jetzt nämlich ein Konsul, ein Vizekonsul und ein Sekretär das gesamte Personal bilden, so wird ferner außer dem Gouverneur nur ein Kanzler und ein Sekretär ernannt werden. Auch dürfen die Gehälter übertrauen werden, so daß das Gehalt des Konsuls von 24000 Mk. auf den Gouverneur, die 15000 Mk. des Vizekonsuls auf den Kanzler und die 5000 Mk. für den Sekretär auf den neuen übergehen. Dieser hat die Sekretariatsgeschäfte der dortige Postbeamte nebenamtlich geführt. Die praktischen Erfahrungen werden nach und nach ergeben, ob Änderungen in der Verwaltung notwendig sein werden.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag. Die Washingtoner Verhandlungen über den Stand der handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten sind mit Vorzicht anzunehmen. Es scheint sich nach einer Mittellösung der „B.“ nicht zu befähigen.

Die Berliner Zeitung „Main“ will wissen, es sei davon die Rede, daß Spanien wegen der Abreise weiterer spanischer Besatzungen, nämlich des Infanzen Gaganan, Sulu und Sibatu, mit Deutschland unterhandelt.

Deutscher Reichstag.

154. Sitzung vom 24. Februar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das Extraordinarium des Landtags des Reichs in Berlin.

Bei dem Abg. Koller aus dem Reichstag der Reichs- und des vierjährigen Weltausstellung in Paris, theilt

Geh. Ob.-Reg.-Rath Richter mit, daß die Ausstellung voraussichtlich am Donnerstag (15. April) werde eröffnet werden. Die gesamte Ausstellung, einschließlich des deutschen Theils, werde bis dahin fertig gehalten mit zwei Ausnahmen. Das Gebäude für Geoz- und Mineralien werde infolge schwerer Beschädigungen durch einen Brand kaum vor Anfang bis Mitte Mai im Innern vollendet werden, und ebenso der Ehrenhof für Weltausstellung. Der Sommer gibt sodann eine eingehende Schilderung über den Stand

der Arbeiten bei der deutschen Ausstellung. Deutschland werde in vollständiger und hervorragender Weise auf der Weltausstellung vertreten sein.

Abg. Noelle-Katzenlauren (B. d. L.): Der Reichskanzler hat uns nicht unzulänglich unterrichtet: es geht sehr viel für die deutsche Landwirtschaft. Nun, hier liegt ein Fall vor, wo man die Probe darauf machen kann. Von den 5 Millionen, die das Deutsche Reich für die Berliner Weltausstellung anzusetzt, kommen nur 6000 Mk. auf die deutsche Landwirtschaft, auf unsere Industrie-Ausstellung. Neuerdings geht es dann, daß gegen die für die Ausstellung bestimmten Zehrer aus Deutschland eine geringe Quarentäne angeordnet ist, gegen die englischen Ausstellungsoffiziere Quarentäne nicht, angeht und England freier ist.

Geh. Rath Richter konträr, daß diese Ausstellung die erste sei, bei der unsere Landwirtschaft vollständig vertreten sei. Vorredner, wenn er sage, die Landwirtschaft sei nur mit 6000 Mark bei der Ausstellung vertreten, so ist das die Hälfte der Ausstellung, indem die Aufwendungen des Reichs für die Ausstellung der Landwirtschaft allein in Saar 120 000 Mark, und drittens müße ich doch die Regierung überhaupt an das Ausstellungsprogramm der französischen Regierung halten, was die Ausstellung in 15 bzw. 18 Gruppen zerfällt. Danach würde also die Landwirtschaft doch höchstens auf den 18. oder 16. Teil des Gesamtaufwandes des Reichs Anspruch haben. In Wirklichkeit aber erhalte die landwirtschaftliche Gruppe ungefähr 4-5 mal so viel Geld, als irgend eine andere Gruppe. Was die Quarentäne betrifft, so werde Deutschland nicht schlechter behandelt, als andere Staaten. Russisch, amerikanisch und ungarisches Vieh sei sogar ausgeklüffelt.

Abg. Noelle-Katzenlauren erwidert dagegen, daß die ganze deutsche Landwirtschaft hier gleichgültig werde mit einer einzelnen industriellen Gruppe.

Geh. Rath Richter: Wenn irgendwo eine Textilausstellung stattfindet und in Verbindung damit eine Wollausstellung, die natürlich lange nicht so viel Raum beansprucht, wie die gesamte Textilindustrie, so wird niemand erwarten, daß man die Wollausstellung in genau derselben Umfange unterricht, wie die ganze andere Industrie-Ausstellung. Wir müssen uns doch auf jeden Fall an das Programm der Ausstellung halten. Wir sind ja nicht abgeneigt, den deutschen Wollherstellern etwa die Kosten der Quarentäne zu ersetzen, aber wir können doch schließlich nicht das Vieh ankufen, um es über uns hinweg zu verkaufen.

Abg. Noelle-Katzenlauren: Ich würde mich nicht über die Zeit, und ohne weitere Debatte das gesamte Extraordinarium bewilligt. Sodann wird die Beratung des Willkür-Gesetzes fortgesetzt. Die Kommission hat die Erklärung der Reichsregierung im Interesse der Aufrechterhaltung der Justiz gegeben. Abg. Graf Stolberg (L) empfiehlt die Resolution; die Justiz von Ministerpräsidenten ist nachgedacht werden lobend. Die Gefahr, daß in Christen die weitere rücksichtslose Politik der Regierung Minister v. Hofler erachte, es wäre ihm erwünscht, wenn ihm die Richter einmal genaue Aufstellungen darüber zusammenstellen wollten, wie hoch die eigentlich die Kosten der Ministerpräsidenten seien. Es würde das für eine Grundlage für die Preisermäßigung sein.

Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern.

Abg. Graf Stolberg (L) empfiehlt die Resolution; die Justiz von Ministerpräsidenten ist nachgedacht werden lobend. Die Gefahr, daß in Christen die weitere rücksichtslose Politik der Regierung Minister v. Hofler erachte, es wäre ihm erwünscht, wenn ihm die Richter einmal genaue Aufstellungen darüber zusammenstellen wollten, wie hoch die eigentlich die Kosten der Ministerpräsidenten seien. Es würde das für eine Grundlage für die Preisermäßigung sein.

Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern.

Abg. Graf Stolberg (L) empfiehlt die Resolution; die Justiz von Ministerpräsidenten ist nachgedacht werden lobend. Die Gefahr, daß in Christen die weitere rücksichtslose Politik der Regierung Minister v. Hofler erachte, es wäre ihm erwünscht, wenn ihm die Richter einmal genaue Aufstellungen darüber zusammenstellen wollten, wie hoch die eigentlich die Kosten der Ministerpräsidenten seien. Es würde das für eine Grundlage für die Preisermäßigung sein.

Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern.

Abg. Graf Stolberg (L) empfiehlt die Resolution; die Justiz von Ministerpräsidenten ist nachgedacht werden lobend. Die Gefahr, daß in Christen die weitere rücksichtslose Politik der Regierung Minister v. Hofler erachte, es wäre ihm erwünscht, wenn ihm die Richter einmal genaue Aufstellungen darüber zusammenstellen wollten, wie hoch die eigentlich die Kosten der Ministerpräsidenten seien. Es würde das für eine Grundlage für die Preisermäßigung sein.

Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern.

Abg. Graf Stolberg (L) empfiehlt die Resolution; die Justiz von Ministerpräsidenten ist nachgedacht werden lobend. Die Gefahr, daß in Christen die weitere rücksichtslose Politik der Regierung Minister v. Hofler erachte, es wäre ihm erwünscht, wenn ihm die Richter einmal genaue Aufstellungen darüber zusammenstellen wollten, wie hoch die eigentlich die Kosten der Ministerpräsidenten seien. Es würde das für eine Grundlage für die Preisermäßigung sein.

Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern.

Abg. Graf Stolberg (L) empfiehlt die Resolution; die Justiz von Ministerpräsidenten ist nachgedacht werden lobend. Die Gefahr, daß in Christen die weitere rücksichtslose Politik der Regierung Minister v. Hofler erachte, es wäre ihm erwünscht, wenn ihm die Richter einmal genaue Aufstellungen darüber zusammenstellen wollten, wie hoch die eigentlich die Kosten der Ministerpräsidenten seien. Es würde das für eine Grundlage für die Preisermäßigung sein.

Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern. Minister v. Hofler: Ich werde die Sache nicht weiter erörtern.

